

Nicht fit fürs 21. Jahrhundert

Das geplante EU-Mercosur-Abkommen widerspricht den Nachhaltigkeitszielen der EU

von Bettina Müller

Bereits 2019 verkündete die EU-Kommission, sie habe eine politische Einigung über ein Handelsabkommen mit dem Mercosur erzielt. Dem südamerikanischen Staatenbund gehören Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay an. Sobald das Abkommen in Kraft tritt, wäre es das größte der Welt. Der gemeinsame Handelsraum würde 780 Millionen Menschen umfassen und rund ein Viertel des weltweiten Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften. Vor allem die geplanten Vereinbarungen zur Landwirtschaft und dem Handel mit Agrarprodukten stoßen vielfach auf Ablehnung. Kurz vor den Wahlen zum EU-Parlament 2024 nehmen die Verhandlungen zum EU-Mercosur-Abkommen noch einmal an Fahrt auf. Mit einer Zusatzerklärung zu Wald- und Klimaschutz soll dieses Handelsabkommen aus dem letzten Jahrtausend an die Herausforderungen unserer Zeit angepasst werden. Doch ist das überhaupt möglich? – Der folgende Beitrag analysiert zentrale ökologische und sozio-ökonomische Problemfelder des Abkommens bzw. der geplanten Zusatzvereinbarung und macht deutlich: Die bereits bestehenden Probleme für Umwelt und Menschen würden sich mit dem Abkommen weiter verschärfen. In der vorliegenden Form darf es daher nicht unterzeichnet werden.

Nach über 20 Jahren Verhandlungen, einer bereits im Juli 2019 getroffenen politischen Übereinkunft und einer langen Pause, in der darauf gehofft und gewartet wurde, dass Jair Bolsonaro als brasilianischer Präsident abgewählt wird, soll es nun ganz schnell gehen. Die EU-Kommission und zahlreiche EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, drängen auf eine Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und den vier südamerikanischen Ländern des Mercosur: Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay – und zwar noch vor den EU-Parlamentswahlen im Juni 2024.

Doch vorher muss das Abkommen klimafest gemacht werden. Länder wie Frankreich und Österreich, und seinerzeit auch Deutschland, hatten die Sorge geäußert, dass das Abkommen zu mehr Entwaldung im Amazonas-Regenwald führen könnte. Auch das EU-Parlament verabschiedete 2020 eine Resolution, in der es seine Zustimmung zum Abkommen versagte, sollte sich an dem Text nichts ändern. Die EU-Kommission kündigte daraufhin die Erarbeitung einer Zusatzerklärung an, mit der sowohl Wald- als auch Klimaschutzbestimmungen gestärkt werden sollten. Kaum hatte Lula da Silva die brasilianische Präsidentschaft am

1. Januar 2023 übernommen, wurde besagte Erklärung an die Mercosur-Länder übermittelt. Eine Antwort auf den Vorschlag der EU ließ jedoch lange auf sich warten. Angesetzte Treffen wurde immer wieder verschoben, in der Abschlusserklärung des EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfels Mitte Juli 2023 hieß es nur: »Wir nehmen die laufenden Arbeiten zwischen der EU und dem Mercosur zur Kenntnis.«¹

Aber Mitte September war es dann soweit: Die Mercosur-Länder schickten ihre Antwort. In dieser betonten sie, dass eine Nichteinhaltung der Ziele zu Entwaldung und Klimaschutz unter gar keinen Umständen zu Sanktionen führen dürfe. Stattdessen forderten sie mehr Kooperation im Bereich des Aufbaus von nachhaltigen Wertschöpfungsketten und verlangten einen Kompensationsmechanismus, um Handelsverluste, die sich aus EU-Verordnungen, wie jener zu entwaldungsfreien Lieferketten², ergeben, auszugleichen.³ Theoretisch würde dies bedeuten, dass die deutsche Bundesregierung dem Abkommen nicht zustimmen kann. Denn in der Weiterentwicklung ihrer Handelsagenda betont die Ampelkoalition, dass eine Zustimmung zum Abkommen an »praktisch durchsetzbare Zusatzvereinbarungen zum Schutz und Erhalt beste-

hender Waldflächen« geknüpft ist.⁴ Ob die Verhandlungspartner es schaffen, rechtzeitig zu einer Einigung zu kommen, mit der alle Seiten leben können, bleibt abzuwarten. Gewiss ist aber: Auch mit entsprechender Zusatzklärung, bleibt das Abkommen eine Gefahr für Klima, Umwelt und die einfache Bevölkerung beiderseits des Atlantiks. Warum das so ist, soll im Folgenden – bezogen auf Herstellung und Handel landwirtschaftlicher Produkte – anhand einiger zentraler Problemfelder des Abkommens gezeigt werden.

2022 waren fast 45 Prozent aller Importe aus dem Mercosur in die EU landwirtschaftliche Produkte. Tatsächlich ist Brasilien das wichtigste Herkunftsland von Agrargütern für die EU. Argentinien befindet sich immerhin auf Platz sechs.⁵ Der Wert dieser gehandelten Güter ist zwischen 2018 und 2022 um fast drei Viertel angestiegen.⁶ Hauptexportprodukte und verantwortlich für über 40 Prozent der Agrarimporte sind Ölsaaten und Eiweißpflanzen, sprich Soja. Das EU-Mercosur-Abkommen sieht vor, 82 Prozent aller Zölle auf Agrarimporte aus dem Mercosur zu senken. Der Mercosur geht sogar noch weiter und schafft 93 Prozent aller Zölle für landwirtschaftliche Güter aus der EU ab.⁷

Trog und Tank

Soja wird vor allem als Futtermittel, aber auch zur Herstellung von Biodiesel verwendet. Brasilien ist dabei der wichtigste Lieferant von Sojaschrot; fast 70 Prozent der EU-Sojaschrotimporte kamen im September 2023 aus diesem Land. Argentinien wiederum stellt 65 Prozent der EU-Sojaölimporte zur Verfügung.⁸ Soja wird allein in Brasilien auf einer Fläche angebaut, die der Größe Deutschlands entspricht, nämlich auf 35,8 Millionen Hektar. Im Mercosur sind explizit für den Export in die EU 13 Millionen Hektar mit Soja bepflanzt (sprich mehr als ein Drittel der Fläche Deutschlands!).⁹ Insgesamt gelten nur 13 Prozent der EU-Sojaimporte als entwaldungsfrei, eine verschwindend geringe Zahl.¹⁰ Eine 2020 veröffentlichte Studie des EU-Parlamentes geht davon aus, dass 61 Prozent der aus Brasilien importierten Soja auf Entwaldung zurückzuführen ist.¹¹ Doch obwohl gerade der Amazonas-Regenwald diesbezüglich viel im öffentlichen Interesse steht, ist die Lage in anderen Urwäldern des Mercosur nicht besser. Bereits 2017 bemerkte die Nichtregierungsorganisation Earthsight über den Gran Chaco, das Waldgebiet zwischen Argentinien und Paraguay: »In keinem anderen Gebiet weltweit geht die Umwandlung von Wald in Äcker rasanter voran als hier.«¹²

Der Import von Soja in die EU ist bereits jetzt zollfrei, aber auf den Import von Sojaölen für die Herstellung von Biodiesel und auf Biodiesel selbst fallen nach wie vor Importzölle an. Diese würden mit dem

Abkommen abgebaut. Gleiches gilt für Exportsteuern, die vor allem Argentinien auf Soja und Produkte auf Basis von Soja (wie Öl und Biodiesel) erhebt. Die Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung der EU-Kommission geht davon aus, dass der Import von Ölsaaten, Pflanzenölen und -fetten durch das Abkommen um 38 Prozent ansteigt.¹³

Krankmachende Geschäfte

Die landwirtschaftliche Produktion im Mercosur ist stark vom Einsatz von Pestiziden abhängig. Bereits heute belegen Brasilien und Argentinien Platz drei und vier in der Rangliste der Länder, in denen pro Hektar die meisten Pestizide ausgebracht werden.¹⁴ Aufgrund der verstärkten Anreize zum Ausbau von Monokulturen, aber auch, weil das EU-Mercosur-Abkommen die Zölle auf Pestizide in den Mercosur (die derzeit zwischen 14 und 35 Prozent liegen) abschafft, ist davon auszugehen, dass Handel und Nutzung weiter ansteigen. Das steht in krassem Widerspruch zur europäischen Strategie »Vom Hof auf den Tisch«, die vorsieht, die Nutzung von schädlichen Pestiziden in der EU bis 2030 um 50 Prozent zu senken.¹⁵ Was für die EU gilt, gilt offenbar für andere Teile der Welt noch lange nicht, solange dort gute Geschäfte mit giftigen Wirkstoffen gemacht werden können. Denn die bereits bestehenden Probleme für Umwelt und Menschen würden sich mit dem Abkommen nur weiter verschärfen.

Zum einen, weil die nach wie vor gängige Praxis von Chemiekonzernen wie Bayer und BASF, in der EU nicht zugelassene Pestizidwirkstoffe einfach zu exportieren, befördert statt gestoppt würde.¹⁶ Zum anderen, weil die erwartbare Zunahme des Einsatzes von wahrscheinlich krebserregenden Pestiziden, wie Glyphosat, auf den sich ausbreitenden Soja- und Zuckerrohranbauflächen die Gesundheit der Landarbeiter:innen, Anwohner:innen sowie der Tier- und Pflanzenwelt weiter in Mitleidenschaft ziehen würde. Erschwerend kommt hinzu, dass eine in der EU bereits verbotene Praxis, Pestizide aus dem Flugzeug über die Monokulturen zu spritzen, im Mercosur nach wie vor erlaubt ist. Abdriftende Pestizide können so unkontrolliert in die Umwelt gelangen und dort sowie bei Menschen schwere Schäden hervorrufen. Dazu gehören neben Gendefekten, Haut- und Atemwegserkrankungen vor allem erhöhte Krebsraten.¹⁷ In Argentinien beispielsweise liegt die Zahl von Fehlgeburten in Ortschaften in der Nähe von besprühten Feldern drei Mal höher als im Landesdurchschnitt.¹⁸

Nicht nur auf Menschen, Wasser und Böden, auch auf die Tierwelt haben Pestizide eine verheerende Wirkung. Bayer und BASF importieren sog. Neonicotinoide in den Mercosur, die für Bienen und andere Insekten hochgradig schädlich sind. In den vergange-

nen Jahren wurde infolgedessen in Brasilien ein millionenfaches Bienensterben nachgewiesen.¹⁹

Zudem sollen mit dem Abkommen die Importkontrollen von Produkten abgebaut werden, womit auch die Gefahr für Verbraucher:innen wächst, immer höhere Mengen an Rückständen hochgefährlicher Pestizide zu sich zu nehmen. Erst kürzlich veröffentlichte Greenpeace eine Untersuchung, in der auf 99 Prozent der untersuchten Limetten aus Brasilien Pestizidrückstände nachgewiesen wurden, darunter auch Wirkstoffe, die in der EU aufgrund ihrer Gefährlichkeit nicht zugelassen sind.²⁰

Cows und Cars

Das EU-Mercosur-Abkommen würde laut Schätzungen der bereits erwähnten Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung auch den Import von Fleisch (sowohl Rind als auch Huhn und Schwein) um gut ein Drittel ansteigen lassen. Das liegt an der Ausweitung der Kontingente von unter anderem 99.000 Tonnen Rindfleisch und 180.000 Tonnen Hühnerfleisch, die mit dem Abkommen zollfrei oder zu einem sehr niedrigen Zollsatz in die EU importiert werden dürften. Hinzu käme eine Vergünstigung der Lederimporte, die für die europäische Autoindustrie verwendet werden. Alle vier Mercosur-Länder exportieren bereits jetzt Leder in die EU. Mit dem Abkommen fielen die Zölle und Exportsteuern, die sowohl Argentinien als auch Uruguay auf den Export von Leder erheben, weg. Damit setzt das Abkommen vielfache Anreize zur Ausweitung der (Rinder-)Viehzucht.

Dies ist auf mehreren Ebenen klima- und umweltschädlich. Zum einen aufgrund der zusätzlichen Emissionen, die durch die Kühlung und den Transport nach Europa entstehen. Zum anderen aufgrund der Umweltbelastung durch die Haltung großer Mengen von Schlachtvieh, den Exkrementen, die diese produzieren, sowie dem Futter, das diese verbrauchen. Denn gerade hier liegt eines der Hauptprobleme intensiver Tierhaltung: Um die Tiere ernähren zu können, werden riesige Flächen gerodet, auf denen die Tiere weiden oder Futter für sie angebaut wird. Eine im September 2020 veröffentlichte Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung der französischen Regierung kam sogar zu dem Schluss, dass die Abholzung im Mercosur allein aufgrund der Rindfleischproduktion in den sechs Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens um 25 Prozent ansteigen könnte – mit entsprechenden Folgen für das Klima.²¹

Überflüssiger Handel und Schwächung regionaler Lieferketten

Auch für andere landwirtschaftliche Produkte, die in beiden Regionen ausreichend hergestellt werden,

fallen die Zölle mit dem EU-Mercosur-Abkommen weg. Wein, Käse, Dosentomaten, Äpfel, Kekse und viele weitere Produkte werden dann ohne Abgaben in die EU und den Mercosur eingeführt werden können. Das ist für die Kleinbauern und -bäuerinnen beiderseits des Atlantiks keine gute Nachricht. Besonders betroffen wären aber Landwirt:innen im Mercosur, denn diese könnten kaum mit den hochsubventionierten landwirtschaftlichen Produkten aus der EU mithalten.

Nehmen wir das Beispiel Käse: Derzeit importiert der Mercosur 3.700 Tonnen Käse aus der EU. Europäische Produzenten müssen dafür einen Zollsatz von bis zu 28 Prozent entrichten. Mit dem Abkommen hätten Produzenten aus der EU die Möglichkeit, 30.000 Tonnen Käse zollfrei in den Mercosur einzuführen, was in etwa dem Käseverbrauch Brasiliens entspricht.²² Uruguay und Argentinien schicken heute den größten Teil ihrer Milchprodukte, die für den Export bestimmt sind, nach Brasilien. Fallen die Zölle für EU-Produkte weg, stehen die uruguayischen und argentinischen Milchbauern und -bäuerinnen in einem ungleichen Wettbewerb. Die regionale Wertschöpfung sowie die regionalen Lieferketten werden dadurch geschwächt. Und das ist wiederum keine gute Nachricht für das Klima.

Weder nachhaltig noch klimaneutral bis 2050

Die EU hat es sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu werden. Deutschland möchte dieses Ziel sogar schon 2045 erreichen. Bislang ist weder die EU noch Deutschland diesbezüglich auf dem richtigen Weg. Um überhaupt den Zwischenschritt von 55 Prozent weniger Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 bis zum Jahr 2030 zu erreichen, müssten sowohl die EU als auch Deutschland ihre Einsparanstrengungen in den nächsten sieben Jahren mindestens verdoppeln (im Vergleich zu 2011 bis 2021).²³ Handelsabkommen wie das EU-Mercosur-Abkommen stellen dabei jedoch ein Hindernis dar. Selbst die konservativste Berechnung der Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung der EU-Kommission, die von der London School of Economics erstellt wurde, geht von einem Anstieg der Treibhausgasemissionen durch das Abkommen aus, nicht von der benötigten Reduktion.²⁴

Die Nichtregierungsorganisation GRAIN hat sich die Auswirkungen des verstärkten Agrarhandels für das Klima angeschaut. Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, dass Produktion und Handel der Produkte, auf die Agrarquoten vereinbart wurden, schon jetzt auf Emissionen von 25,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Jahr kommen. Zusätzlich hierzu kämen durch das Abkommen jährlich weitere 8,7 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente hinzu. Dabei entfällt der größte Teil auf die erhöhte Rindflescheinfuhr mit 7,1 Millionen

Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Jahr.²⁵ Aber nicht nur der Handel mit klimaschädlichen, auf Entwaldung beruhenden Gütern ist ein Problem für die europäische Klimabilanz, auch die steigenden Transportemissionen sind von Bedeutung.

Waren aus dem Mercosur werden größtenteils mit dem Schiff transportiert. 90 Prozent der weltweit gehandelten Güter werden auf dem Wasserweg gestellt. Bislang macht der Wasserfrachtverkehr etwa drei Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen aus. Damit emittiert er jährlich mehr CO₂ als Deutschland, das im Ländervergleich der sechstgrößte Emittent von CO₂ weltweit ist.²⁶ Sollten die Welthandelsemissionen weiter ansteigen wie bisher, werden Frachttransporte mit Flugzeug und Schiff 2050 so viele Treibhausgase verursachen wie die gesamte Europäische Union heute.²⁷

Das Nachhaltigkeitskapitel des Abkommens, in dem Klima- und Umweltschutz sowie Vereinbarungen über die Einhaltung von Arbeitsstandards festgehalten sind, ist bislang nicht effektiv durchsetzbar. Das EU-Mercosur-Abkommen erlaubt keine Sanktionen, wenn ein Vertragsstaat die Bestimmungen des Nachhaltigkeitskapitels bricht. Anders als bei allen anderen Vereinbarungen des Abkommens, können bei Verstößen gegen Nachhaltigkeitsbestimmungen keine Handelssanktionen verhängt werden. Dies wollte die EU-Kommission mit der Zusatzklärung wenigstens für einige umweltbezogene Nachhaltigkeitsbereiche ändern, was aufgrund der negativen Antwort der

Mercosur-Länder jedoch kaum umzusetzen sein wird. Zudem sind diese Zusatzklärungen allgemein keine Lösung, da sie rechtlich gesehen nur Auslegungswert haben und den Vertragstext nicht ändern können. Fraglich ist auch, wie sinnvoll eine zusätzliche Erklärung zu Waldschutz ist, wenn die durch das Abkommen vereinbarten Zollsenkungen Rodungen befördern, sprich ein Widerspruch zwischen Abkommen und Erklärung besteht.²⁸

Und jetzt?

Bis Paraguay die Interims-Präsidentschaft des Mercosur am 7. Dezember 2023 übernimmt und der Staffeltab der EU-Ratspräsidentschaft Anfang Januar 2024 an das generell eher handelsabkommenskritische Belgien übergeht, finden fast im Wochentakt Gespräche zwischen den Blöcken statt, um alle noch ausstehenden Fragen zu klären. Möglicherweise könnte die EU-Kommission dann schon Anfang Januar 2024 den EU-Rat um Zustimmung zum konsolidierten Abkommen sowie der Zusatzklärung bitten.

Es ist jedoch nicht nur das Abkommen selbst, sondern auch der Abstimmungsmechanismus, der einer Abnahme bedarf. Da nur der Handelsteil des Assoziierungsabkommens, nicht aber politischer Dialog und Kooperation, in der Verantwortung der EU liegt, müsste das Abkommen aufgeteilt werden. In der Fachsprache wird dies als »Splitting« bezeichnet. Dann müssten

Folgerungen & Forderungen

- *Der Schutz von Umwelt, Klima und Menschenrechten muss Vorrang vor kurzfristigen Wirtschaftsinteressen haben.*

Handels- und Kooperationsabkommen müssen dementsprechend überarbeitet werden. Das könnte unter anderem bedeuten, dass das Pariser Klimaabkommen sowie andere Abkommen, die Klima- und Umweltschutz betreffen, zu *essential element clauses* erhoben werden, Importbeschränkungen auf umwelt- und klimaschädliche Produkte eingeführt werden und bestimmte entwicklungspolitisch relevante Bereiche aus Handelsabkommen vollständig ausgeschlossen werden (z.B. der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen).

- *Regionale Wertschöpfungsketten, auch in der Landwirtschaft, müssen gestärkt und damit nachhaltige Lebensmittelsysteme gefördert werden.*

Kleinbauern und -bäuerinnen versorgen die Bevölkerung in der EU und dem Mercosur mit hochwertigen Lebensmitteln. Diese Rolle muss weiter gestärkt und nicht durch Handelsabkommen untergraben werden.

- *Die Zivilgesellschaft und betroffene Gruppen müssen von Anfang an in Verhandlungen zu Abkommen eingeschlossen werden.*

Einmal im Jahr stattfindende zivilgesellschaftliche Dialogforen, so wie es derzeit der Fall ist, sind vollkommen unzureichend, wenn es die EU mit ihrer »Transparenzoffensive« ernst meint. Regelmäßige Treffen, die zeitnahe Veröffentlichung von Dokumenten und die Möglichkeit, diese zu kommentieren, sind das Mindeste, um eine gute Einbindung der Zivilgesellschaft zu garantieren.

- *Ein Splitting des Abkommens darf es nicht geben!*

Das EU-Mercosur Assoziierungsabkommen sollte als Ganzes, wie im ursprünglichen Mandat vorgesehen, von den Parlamenten aller 27 EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden, um eine demokratische Teilhabe zu gewährleisten. Gerade bei einem so kontrovers diskutierten Abkommen ist ein Konsens diesbezüglich für den Zusammenhalt der EU sehr wichtig. Die Aushebelung dieses Rechts ist unvereinbar mit einer demokratisch-partizipativen EU.

sowohl der EU-Rat als auch das EU-Parlament mehreren Teilen zustimmen, die zusammen das Assoziierungsabkommen ergeben. Der Handelsteil könnte so ohne die Zustimmung der nationalen Parlamente der 27 EU-Mitgliedstaaten bereits in Kraft treten.

Das »Splitting« ermöglicht aber nicht nur ein vorzeitiges Inkrafttreten des Handelsabkommens, sondern verändert auch die Abstimmungsverhältnisse im EU-Rat. Anstatt Einstimmigkeit, ist nur noch eine qualifizierte Mehrheit notwendig. Damit würden Länder wie Österreich, die an ein klares Nein aufgrund einer nationalen Parlamentsentscheidung gebunden sind, übergangen. Ein von Greenpeace in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten kommt außerdem zum Schluss, dass dieses Vorgehen gegen das ursprüngliche Verhandlungsmandat verstößt. Eine Entscheidung zum »Splitting« müsste daher von allen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten getragen werden, da es ansonsten gegen geltendes EU-Recht verstößt.²⁹ Ob all diese Hürden tatsächlich vor Ende April 2024, wenn das EU-Parlament zu seiner letzten Plenarversammlung vor den Wahlen zusammentritt, genommen werden, bleibt abzuwarten. Leicht wird es jedenfalls nicht.

Fazit: Weder gerecht, noch nachhaltig

Das EU-Mercosur-Abkommen steht im Widerspruch zu den selbstgesteckten Zielen der EU im Rahmen ihres Europäischen *Green Deals*. Dabei geht es nicht nur um Klimaneutralität bis 2050, einen geringeren Pestizideinsatz und nachhaltige Lebensmittelsysteme, sondern auch um den Schutz von Biodiversität. Das Handelsabkommen wird keinem dieser hehren Ansprüche gerecht. Eine im Mai 2023 veröffentlichte Erklärung von mehr als 180 zivilgesellschaftlichen Organisationen fordert daher, die Beziehungen zwischen der EU und dem Mercosur entlang einiger klarer Leitlinien neu auszurichten: Solidarität, Gleichheit, Kooperation, Nachhaltigkeit und Demokratie.³⁰ Das EU-Mercosur-Abkommen widerspricht diesen Grundsätzen und darf daher nicht unterzeichnet werden.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ Tina Lutz: Importierte Zerstörung. Zur aktuellen Debatte über entwaldungsfreie Lieferketten – nicht nur – in der Land- und Lebensmittelwirtschaft. In: Der kritische Agrarbericht 2022, S. 117-121.
- ▶ Alessa Hartmann und Bettina Müller: Spiel mit dem Feuer. Warum das EU-Mercosur-Abkommen die Klimakrise verschärft. In: Der kritische Agrarbericht 2021, S. 108-112.
- ▶ Berit Thomsen: Handel ja, aber nicht so. Über das geplante Freihandelsabkommen der EU mit dem Mercosur. In: Der kritische Agrarbericht 2020, S. 114-119.
- ▶ Nicole Polsterer: Vermeidbare Krise. Wie Deutschland die fatale Verbindung zwischen Fleischkonsum in der EU, Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen kappen könnte. In: Der kritische Agrarbericht 2019, S. 231-235.

Anmerkungen

- 1 European Council of the European Union: Declaration of the EU-CELAC Summit 2023. Brussels July 18, 2023 (<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12000-2023-INIT/en/pdf>).
- 2 Siehe hierzu den Beitrag von Katharina Brandt in diesem *Kritischen Agrarbericht* (S. 227-232).
- 3 EU-Mercosur FTA: Mercosur's response to the EU joint instrument (Sep 2023) (www.bilaterals.org/?eu-mercosur-fta-mercosur-s&lang=en).
- 4 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag: Weiterentwicklung der Handelsagenda der Ampel. 221111_Fairer_und_freier_Handel. 11. November 2022 (www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/freihandel/221111_Fairer_und_freier_Handel.PDF).
- 5 European Commission: Agri-food trade statistical European Union – Brazil. Brussels April 18, 2023 (https://agriculture.ec.europa.eu/system/files/2023-05/agrifood-brazil_en.pdf).
- 6 Agri-food trade statistical European Union – Mercosur 4. Brussels April 18, 2023 (https://agriculture.ec.europa.eu/system/files/2023-05/agrifood-mercosur-4_en.pdf).
- 7 New EU-Mercosur trade agreement. The agreement in principle. Brussels July 1, 2019 (<https://circabc.europa.eu/ui/group/09242a36-a438-40fd-a7af-fe32e36cbdoe/library/5896ba4d-b083-485d-a8d2-62b50264c3b3/details>).
- 8 DG Agri Dashboard: Oilseeds. September 2023 (https://circabc.europa.eu/sd/a/2c8378ab-c686-449d-9dd1-65371ab30889/Oilseeds-dashboard_en.pdf).
- 9 Vgl. T. Fritz: EU-Mercosur-Abkommen. Risiken für Klimaschutz und Menschenrechte. Hrsg. von Greenpeace, Misereor und Dreikönigsaktion. Aachen/Hamburg 2020, S. 12 (<https://greenwire.greenpeace.de/system/files/2020-06/greenpeace-misereor-dka-studie-eu-mercosur-abkommen-0620.pdf>).
- 10 Vgl. IDH, IUCN und Profundo (Eds.): European soy monitor. Insights on the European supply chain and the use of responsible and deforestation-free soy in 2017. Amsterdam 2019. (www.idhsustainabletrade.com/uploaded/2019/04/European-Soy-Monitor.pdf).
- 11 Vgl. C. Müller: Brazil and the Amazon Rainforest. Ed. by European Parliament. Brussels 2020 (www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/648792/IPOL_IDA%282020%29648792_EN.pdf).
- 12 Earthsight: Grand theft Chaco. The luxury cars made with leather from the stolen lands of an uncontacted tribe. 2017 (www.earthsight.org.uk/grandtheftchaco-en).
- 13 European Commission: Sustainability impact assessment in support of the association agreement between the European Union and Mercosur – Final Report. Brussels 2020 (<https://circabc.europa.eu/ui/group/09242a36-a438-40fd-a7af-fe32e36cbdoe/library/abfa1190-59d1-4f59-93a5-9b9810d2b744/details>).
- 14 Worldometer: Pesticide use by country (www.worldometers.info/food-agriculture/pesticides-by-country/).
- 15 A Farm to Fork Strategy for a fair, healthy and environmentally friendly food system. Brussels 2020 (https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:ea0f9f73-9ab2-11ea-9d2d-01aa75e-d71a1.0001.02/DOC_1&format=PDF).
- 16 Vgl. Inkota: Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards. Berlin, 2020 (<https://webshop.inkota.de/node/1605>).
- 17 B. Müller: EU-Mercosur – Ein giftiges Abkommen. Hrsg. von in: PowerShift. Berlin 2020. S. 21.
- 18 Exposición ambiental a glifosato e impactos en la salud reproductiva en población agrícola de Argentina. Red Universitaria de Ambiente y Salud, Marzo 2018 (<https://reduas.com.ar/exposicion-ambiental-a-glifosato-e-impactos-en-la-salud-reproductiva-en-poblacion-agricola-de-argentina/>).
- 19 V. Reithinger: EU-Mercosur: Zweierlei Maß bei Ackergiften. Wie die EU und deutsche Unternehmen vom Handel mit für die Artenvielfalt gefährlichen Pestiziden profitieren. Kurzanalyse

- zu Pestiziden im Kontext des EU-Mercosur Handelsabkommens. Hrsg. von Greenpeace Deutschland. Hamburg 2020 (www.greenpeace.de/files/publications/20200521-greenpeace-flyer-eu-mercotur-kurzanalyse_o.pdf).
- 20 Greenpeace Deutschland (Hrsg.): Giftcocktail: Der EU-Mercosur-Deal. Limetten enthüllen, wie europäische Pestizide um die Welt (und zurück) reisen. Hamburg 2023 (www.greenpeace.de/publikationen/GiftcocktailEU-Mercosur.Limetten-Studie.pdf).
 - 21 Vgl. M. Dupré: Beyond the Bolsonaro policy, it is the very content of the EU-Mercosur agreement that promises an environmental disaster. Institut Veblen September 17, 2020 (www.veblen-institute.org/Beyond-the-Bolsonaro-policy-it-is-the-very-content-of-the-EU-Mercosur-agreement.html).
 - 22 Vgl. L. Ghiotto and J. Echaide: Analysis of the agreement between the European Union and the Mercosur. Ed. by in: The Greens and PowerShift. Buenos Aires and Brussels 2020 (<https://power-shift.de/wp-content/uploads/2020/01/Study-on-the-EU-Mercosur-agreement-09.01.2020-1.pdf>).
 - 23 Expertenrat für Klimafragen: Zweijahresgutachten 2022. Berlin 2022 (https://expertenrat-klima.de/content/uploads/2022/11/ERK2022_Zweijahresgutachten.pdf).
 - 24 Vgl. London School of Economics: Sustainability impact assessment in support of the association agreement negotiations between the European Union and Mercosur. London 2020 (www.lse.ac.uk/business/consulting/assets/documents/SIA-in-Support-of-the-Association-Agreement-Negotiations-between-the-EU-and-Mercosur-Final-Report.pdf).
 - 25 GRAIN: EU-Mercosur trade deal will intensify the climate crisis from agriculture. Report. Barcelona 2019 (<https://grain.org/e/6355>).
 - 26 Vgl. Statista: CO₂-Emissionen: Größte Länder nach Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß im Jahr 2021 (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/179260/umfrage/die-zehn-groessten-co2-emittenten-weltweit/>).
 - 27 ORF: Welthandel – ein unterschätzter Klimakiller? 18. September 2014 (<https://sciencev2.orf.at/stories/1746284/index.html>).
 - 28 C. Eckes und R. Verheyen: Kann das EU-Mercosur-Abkommen durch eine Zusatzklärung gerettet werden? April 2023. Rechtsgutachten im Auftrag des Umweltinstituts München (Zusammenfassung). München 2023 (https://umweltinstitut.org/wp-content/uploads/2023/05/Zusammenfassung_Rechtsgutachten_Mercosur_Umweltinstitut.pdf).
 - 29 Greenpeace-Zusammenfassung: Gutachterliche Stellungnahmen zu Fragen im Zusammenhang mit dem Verhandlungsmandat der EU-Kommission für das EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen. Von M. Krajewski und J. Werner. Hamburg 2023 (www.greenpeace.de/sites/default/files/publications/Rechtsgutachten_Splitting_EU-Mercosur_Greenpeace.pdf).
 - 30 Solidarität, Gleichheit, Kooperation und nachhaltiger Handel: eine Alternative zum EU-Mercosur-Abkommen. Seattle to Brussels Network. Mai 2023 (<https://szbnetwork.org/solidaritat-gleichheit-kooperation-und-nachhaltiger-handel-eine-alternative-eu-mercotur-abkommen/>).

Förderhinweis

Die redaktionelle Bearbeitung dieses Beitrags erfolgte im Rahmen des von der Landwirtschaftlichen Rentenbank geförderten Projektes »Sozial-ökologische Marktwirtschaft in der Landwirtschaft«.



Bettina Müller

arbeitet als Referentin für internationale Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift e.V.

bettina.mueller@power-shift.de